

Bankenstreit

Finanzdirektor Dieth verteidigt die neuen grünen Kreditregeln der AKB: «Das ist ein unternehmerischer Entscheid, der nicht bei der Politik liegen sollte»

Markus Dieth weist die Forderungen von Handelskammer und Gewerbeverband zurück, der Regierungsrat müsse die umstrittenen Kreditvergabekriterien der Kantonalbank sistieren. Der Finanzdirektor schlägt einen runden Tisch vor, um den Streit zwischen AKB und Wirtschaftsverbänden zu lösen.

31.01.2022, Fabian Hägler

Die Aargauische Kantonalbank (AKB) will keine Kredite mehr an Firmen vergeben, die Kernenergie produzieren, fossile Energieträger abbauen oder Gentech-Forschung betreiben. Zudem werden auch Unternehmen, die mehr als 20 Prozent ihres Umsatzes mit hartem Alkohol, Tabakwaren oder Glücksspielen machen, nicht mehr finanziert.

Der Aargauische Gewerbeverband (AGV) und die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) kritisieren diese neuen Vergaberegeln der Kantonalbank scharf. Sie fordern den Regierungsrat auf, die aus ihrer Sicht « unzulässige und wirtschaftsfeindliche » Entscheidung der AKB zu sistieren.

Finanzdirektor Markus Dieth (Die Mitte) ist im Regierungsrat für die AKB zuständig. Er nimmt Stellung zum Streit.

Hat die AKB den Regierungsrat über die Änderung der Vergabekriterien für Kredite vorinformiert – und wie stehen Sie zu diesem Entscheid?

Markus Dieth: Im Entwicklungsleitbild des Kantons ist Nachhaltigkeit als strategisches Ziel verankert. Der Regierungsrat hat sich im August 2020 bei der Behandlung der Eigentümerstrategie und im Juni 2021 mit den Nachhaltigkeitsprinzipien und den strategischen Aussagen zu den Vergabekriterien auseinandergesetzt. Dabei sind wir zum Schluss gekommen, dass diese im Einklang mit den Eigentümerstrategien stehen. Die konkrete Ausgestaltung der Kriterien ist ein unternehmerischer Entscheid und liegt in der Verantwortung der Führungsgremien der AKB. Die langfristige Angleichung auf strategischer Ebene zum Thema Nachhaltigkeit beim Kanton und bei seinen Beteiligungen ist für den Regierungsrat wichtig, sinnvoll und zielführend.

SVP, Gewerbeverband und Handelskammer kritisieren, dass die AKB keine Kernenergie mehr finanzieren will.

Der Regierungsrat hat gegenüber der AKB darauf hingewiesen, dass beispielsweise Finanzierungsengpässe der kantonseigenen Unternehmen zu verhindern sind. Dasselbe gilt auch für Partnerwerke, welche die Kernkraftwerke betreiben. Zudem muss die Betriebssicherheit der bestehenden Kernkraftwerke immer gewährleistet werden. Diese Bedenken wurden von der AKB berücksichtigt, indem die Kriterien bei Kernenergie nur für neue Kredite gelten und zudem regelmässig überprüft werden müssen.

Gewerbeverband und Handelskammer finden, mit den neuen Kreditregeln verletze die AKB ihren gesetzlichen Auftrag, dass sie alle Unternehmen und Branchen gleich behandeln müsse. Was sagen Sie dazu?

Verfassung und AKB-Gesetz verlangen, dass der Kanton zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eine Kantonalbank unterhält. Durch die Nachhaltigkeitskriterien wird der Verfassungsauftrag der AKB nicht verletzt. Vielmehr gehört das Thema Nachhaltigkeit zur sozialen Entwicklung des Kantons und seiner Kantonalbank. Die AKB erfüllt ihren gesetzlichen Auftrag. Alle bestehenden Vereinbarungen gelten unverändert. Mit einer vierjährigen Übergangsfrist trägt sie allen bestehenden Geschäftsbeziehungen besonders Rechnung.

Die beiden Wirtschaftsverbände fordern, dass der Regierungsrat eingreift und die neuen Vergabekriterien vorerst

aussetzt. Hat die Regierung überhaupt die Kompetenz dazu?

Die Strategie der AKB stimmt mit ihren gesetzlichen Vorgaben überein und die Eigentümerstrategie schliesst die vorgesehene operative Umsetzung nicht aus. Die Ausgestaltung eines Produktangebotes und der Umsetzung der Kriterien sind unternehmerische Entscheide und obliegen den Organen der Bank. An den Eigentümergesprächen vertreten Volkswirtschaftsdirektor Dieter Egli und ich als Finanzdirektor den Regierungsrat.

Die Verbände wollen, dass die Vergaberegeln der AKB vom Eigentümer – also vom Regierungsrat oder vom Grosse Rat – festgelegt werden. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

Die Festlegung von Kriterien zur Kreditvergabe ist ein unternehmerischer Entscheid und zählt zu den strategischen Fragestellungen. Sie gehört auf die Stufe des Bankrats der AKB und sollte nicht bei der Politik liegen.

Damit ist der Streit nicht gelöst. Wie reagieren Sie konkret auf die Forderungen des Gewerbeverbandes und der Handelskammer?

Wir nehmen die Anliegen der beiden Wirtschaftsverbände sehr ernst. Ich habe deshalb einen runden Tisch vorgeschlagen, an dem ich als Finanzdirektor, der Volkswirtschaftsdirektor sowie Vertreter der Wirtschaftsverbänden und der AKB teilnehmen. Dort können die aufgeworfenen Fragen thematisiert werden.

Die Aargauer Wirtschaft verlangt, dass das Verfahren zur Besetzung der zwei frei werdenden Bankratssitze sistiert wird. Kommt der Regierungsrat dieser Forderung nach?

Die Stellen wurden ausgeschrieben und es besteht eine Liste von Kandidierenden. Diese wird dem Regierungsrat zu gegebener Zeit unterbreitet. Ende August wird sich dann der Grosse Rat mit diesem Wahlgeschäft befassen.

Gewerbeverband und Handelskammer fordern, dass die Aargauer Wirtschaft eine permanente Vertretung im Bankrat erhält. Können Sie dies garantieren?

Auch dieses Thema kann an dem vorgesehenen runden Tisch besprochen werden.

Bankratspräsident: Geschäftsleitung erarbeitete die Vergabekriterien

Dieter Egloff, Bankratspräsident der AKB, erklärt auf Anfrage, wie die neuen Kreditregeln zustande gekommen sind. «Das Festsetzen der Vergabekriterien liegt in der Verantwortung der Geschäftsleitung. Das Erarbeiten der Kriterien zog sich über einen längeren Zeitraum hin und wurde durch Externe begleitet.» Da die Vergabekriterien mit der Gesamtbankstrategie konform sein müssen, war der Bankrat laut Egloff teilweise in die Erarbeitung involviert und über Strategieumsetzung, Berichterstattung und Zielsetzung informiert.

Er sagt weiter, die AKB habe bei der Nachhaltigkeit insbesondere bei Produkten und Dienstleistungen einen Handlungsbedarf gesehen. «Wir sind diesen in den letzten eineinhalb Jahren mit der Lancierung der Greenhypothek und des Greenbonds, der Gründung der Stiftung Lebensraum Aargau, dem sorglosen Wohnen für eine sichere Hypothek nach der Pensionierung und der Ausrichtung der Anlagepolitik nach ESG-Kriterien angegangen.»

Egloff widerspricht Kritik der Wirtschaftsverbände am AKB-Bankrat

Zur Kritik der Wirtschaftsverbände am Bankrat sagt Egloff, die Arbeit in diesem Gremium und insbesondere im Prüfungs- und Risikoausschuss sei wie ein Röntgenblick durch die Aargauer Wirtschaft. «Ich glaube nicht, dass es ein zweites Unternehmen im Aargau gibt, bei welchem der Bezug zur Aargauer Wirtschaft so gross ist.» Zudem sei die AKB das Aargauer Unternehmen, mit dem sich die kantonale Politik am intensivsten auseinandersetzt. «Es dürfte daher wohl nachvollziehbar sein, dass Bankrat und Geschäftsleitung über die Jahre ein starkes Sensorium für die Anliegen der Politik entwickelt haben», betont er.

Bei der Besetzung des Führungsgremiums berücksichtige man die Vorgaben der Finanzmarktaufsicht, dass der Bankrat genügend diversifiziert sein müsse, sagt Egloff. «Wir definieren daher jeweils im Vorfeld, welche Kompetenzen die neuen Mitglieder mitbringen müssen, und sprechen dies mit dem Regierungsrat ab». Die Forderung von Handelskammer und Gewerbeverband nach Einsitz im Bankrat weist Egloff zurück: «Es würde zu weit gehen, wenn nun einzelne Verbände für sich einen Sitz im Bankrat beanspruchen würden.» Zudem hätten bereits heute sechs Bankratsmitglieder ihren Wohnsitz im Aargau und seien mehrheitlich in der Aargauer Wirtschaft gut vernetzt.

Genau der richtige Entscheid zur richtigen Zeit. Die Versuche die AKB unter bürgerliche Kontrolle zu bringen sind ja nicht neu. Jetzt soll der Regierungsrat die Bank an die Kandarre nehmen um die Interessen der Bürgerlichen durchzusetzen. Dabei ist der Entschluss der Bank ein freier wirtschaftlicher Entscheid, am Markt ausgerichtet. Und es ist ein mutiger Entscheid für die Zukunft! So what? Wünsche der AKB, dass sie weiterhin so erfolgreiche Geschäfte zum Wohle des Kantons macht.



Finanzdirektor Markus Dieth – hier im Oktober 2021 bei der Medienkonferenz zur Gründung der AKB-Stiftung - verteidigt die nachhaltige Kreditvergabe der Kantonalbank. Valentin Hehli / AGR
Valentin Hehli / AGR



Dieter Egloff, Präsident des AKB-Bankrats, weist Forderungen der Wirtschaftsverbände nach einem festen Sitz im Führungsgremium zurück. Claudio Thoma
Claudio Thoma